

Bericht und Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)

Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Finanzplan der Freien Hansestadt Bremen 2003 bis 2007

I. Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)

1. Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) sowie Überweisung an weitere Parlamentsausschüsse durch die Bürgerschaft (Landtag)

- a) Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 (Mitteilungen des Senats vom 27. April 2004, Drs. 16/228, und vom 4. Mai 2004, Drs. 16/237), Haushaltspläne, Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 sowie produktgruppenorientierte Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2004 und 2005

Die Bürgerschaft (Landtag) hat die Haushaltsgesetze 2004 und 2005 (Drs. 16/228), die ergänzenden §§ 8 und 9 der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, die Haushaltspläne und die Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, einschließlich Produktgruppenplan (Mitteilungen des Senats vom 27. April 2004, Drs. 16/228, und vom 4. Mai 2004, Drs. 16/237) in ihrer Sitzung am 5. Mai 2004 in erster Lesung beschlossen und zur Beratung und Berichterstattung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) federführend überwiesen. Eine Überweisung erfolgte ferner an die nachfolgend aufgeführten Parlamentsausschüsse:

- Rechtsausschuss,
- Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen,
- Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau,
- Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit,
- Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologien und Medienangelegenheiten.

Die Ausschüsse wurden gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss zu berichten, der wiederum diese Berichte in seinen der Bürgerschaft (Landtag) vorzulegenden Gesamtbericht einzubeziehen hatte.

- b) Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (Mitteilung des Senats vom 27. April 2004, Drs. 16/227)

Der Senat hat mit seiner Mitteilung vom 27. April 2004 der Bürgerschaft (Landtag) das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung vorgelegt. Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung zur Beratung und Berichterstattung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) überwiesen.

- c) Finanzplan der Freien Hansestadt Bremen 2003 bis 2007 (Mitteilung des Senats vom 27. April 2004, Drs. 16/231)

Der Senat hat mit seiner Mitteilung vom 27. April 2004 der Bürgerschaft (Landtag) den Finanzplan der Freien Hansestadt Bremen 2003 bis 2007 vorgelegt. Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Finanzplan der Freien Hansestadt Bremen 2003 bis 2007 am 5. Mai 2004 zur Beratung und Berichterstattung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) überwiesen.

2. Beratungsverfahren im Haushalts- und Finanzausschuss (Land)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beauftragte zur Vorbereitung seiner Einzelberatungen die für die jeweiligen Bereiche und Senatsbereiche zu Beginn der Wahlperiode benannten Berichterstatter, mit den Vorsitzenden der zu beteiligenden Parlamentsausschüsse sowie mit den Sprecherinnen und Sprechern der Fachdeputationen und darüber hinaus mit den Fachressorts beziehungsweise mit den Bereichen sowie mit dem Senator für Finanzen hinsichtlich der Einzel- und Stellenpläne, einschließlich der Produktpläne, Gespräche zu führen und dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land) zu berichten. Die Berichte der Berichterstatter wurden in die Einzelberatungen einbezogen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat seine Beratungen zu den Entwürfen der Haushaltsgesetze und Haushaltspläne 2004 und 2005 am 7. Mai 2004 aufgenommen und am 28. Juni 2004 abgeschlossen.

3. Berichte und Anträge der beteiligten Parlamentsausschüsse an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land)

- a) Rechtsausschuss

Der Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13. Mai 2004 mit dem Einzelplan 01 (Justiz und Verfassung, Sport), dem Kapitel 0029 (Landesbeauftragter für den Datenschutz), dem Produktplan 11 (Justiz), dem Produktplan 06 (Datenschutz) sowie den Stellenplänen für die Bereiche Justiz und Datenschutz befasst.

Der Ausschuss hat von den vorgelegten Haushaltsentwürfen Kenntnis genommen. Die Abgeordneten der SPD und der CDU haben keine Einwände gegen die vorgelegten Entwürfe erhoben. Die Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnen sie aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ab.

- b) Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen hat sich in seiner Sitzung am 14. Mai 2004 mit den ihm überwiesenen Haushaltsentwürfen befasst. Anmerkungen dazu ergeben sich nach der Beratung nicht.

- c) Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau

Der Parlamentsausschuss für die Gleichberechtigung der Frau hat in seiner Sitzung am 26. Mai 2004 die Haushaltsentwürfe der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (Einzelplan 00, Kapitel 0045, Produktplan 08) beraten. Das Ergebnis stellt sich zusammengefasst wie folgt dar:

Der Ausgabenansatz für die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume wurde angesichts der aktuellen Entwicklung der Kosten für Energie und Abwasser deutlich angehoben. Auch die Ausgabenhaushaltsstelle für Dienstreisen wurde erhöht. Die Haushaltsergebnisse der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Ansätze nicht ausreichend waren.

Soweit der Ausgabenansatz für Öffentlichkeitsarbeit erhöht wurde, wird damit einer Forderung des Rechnungshofs entsprochen. Dieser hatte gerügt, dass die ZGF in der Vergangenheit ihre Öffentlichkeitsarbeit zu häufig mit Sponsorengeldern finanziert hat. Der gewählte Ansatz entspricht dem Rechnungsergebnis für 2003.

Für 2005 ist ein Haushaltsansatz für frauenpolitische Maßnahmen zur Unterstützung der Beitrittsländer der EU geplant. Diese Ausgaben kommen nur zum Tragen, sofern entsprechende Maßnahmen von der EU bewilligt und gegenfinanziert werden.

Die annähernde Verdoppelung des Ausgabenansatzes für Entgelte der Telekommunikation soll Raum schaffen, technischen Neuerungen, die gerade in diesem Bereich schnelles Handeln erfordern, zu entsprechen und zeitnah Neuanschaffungen zu tätigen.

Nach Auffassung des Ausschusses sind die Haushaltsentwürfe für den Bereich Gleichstellung der Frau nicht zu beanstanden. Sie geben die finanzielle Situation insgesamt realistisch wieder.

Aus den vorgelegten Haushaltsentwürfen für 2004/2005 konnte der Ausschuss ersehen, dass die Finanzierung der Beratungsstelle für die Opfer der Zwangsprostitution finanziell nicht abgedeckt ist. Dazu hat der Parlamentsausschuss für die Gleichberechtigung der Frau beschlossen, nachdrücklich zu fordern, dass die Beratungsstelle ausreichend finanziell abgesichert wird. Dabei ist es unerheblich, in welchem Ressort die Finanzierung dargestellt wird.

- d) Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit hat in seiner Sitzung vom 18. Mai 2004 die Haushaltsplanentwürfe der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa beraten.

Nach Auffassung des Ausschusses haben mit Blick auf die gestiegene Bedeutung der Bund-Länder-Beziehungen, insbesondere für das Land Bremen, die Ausweitung der Europäischen Union und die Globalisierung die Aufgaben der Bevollmächtigten zugenommen. Aus diesem Grund wäre nach Meinung des Ausschusses eine Erhöhung der Haushaltsmittel für die Bevollmächtigte gerechtfertigt. Der Ausschuss bedauert, dass stattdessen aufgrund der angespannten Haushaltslage der Haushalt der Bevollmächtigten weiter abgesenkt wurde.

Der Arbeitsmarkt im Land Bremen und die bremische Wirtschaft profitieren in erheblichem Umfang von der Arbeit der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa – nicht zuletzt im Hinblick auf die Akquisition von Drittmitteln. Der Ausschuss hält es insofern für angebracht, über eine Umschichtung von Haushaltsmitteln zugunsten des Haushalts der Bevollmächtigten nachzudenken.

- e) Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten

Der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten hat in seiner Sitzung am 28. Mai 2004 die Haushaltspläne 2004 und 2005 im Hinblick auf das Landesprogramm „Bremen in T.I.M.E.“ beraten.

Der Ausschuss begrüßt den im Einzelplan 07 (Wirtschaft) unter dem Kapitel 0709, Titel 891 60-0 und Titel 891 65-0 für das Landesprogramm insgesamt ausgewiesenen Mittelanschlag.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die unter a) bis e) wiedergegebenen Stellungnahmen und Berichte der Ausschüsse zur Kenntnis genommen und in seine Beratungen einbezogen.

II. Beratung der im Haushalts- und Finanzausschuss (Land) vorgelegten Änderungsanträge der Fraktionen

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 5. Mai 2004 ihr Einverständnis erklärt, dass die bei der Verwaltung der Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2004 und 2005 unmittelbar an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) zur Beratung und Berichter-

stattung weitergeleitet werden. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die Änderungsanträge beraten.

1. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU

Die Fraktionen der SPD und der CDU haben Änderungsanträge zu folgenden Produktplänen und -bereichen vorgelegt:

- Bürgerschaft (01),
- Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa (05),
- Senator für Bildung und Wissenschaft – Bereiche Bildung (21) und Wissenschaft (24),
- Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales – Bereiche Arbeit (31), Jugend und Soziales (41), Gesundheit (51)
- Senator für Bau und Umwelt (68),
- Senator für Wirtschaft und Häfen – Bereich Wirtschaft (71),
- Senator für Finanzen – Bereiche Finanzen (91), Allgemeine Finanzen und Personal (92) und Investitionssonderprogramm (94).

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die in der Anlage 1 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten und beschlossen. Sie wurden teils einstimmig und teils mehrheitlich der Bürgerschaft (Landtag) zur Annahme empfohlen. Hinsichtlich der Abstimmungsergebnisse im Haushalts- und Finanzausschuss (Land) wird auf die Anlage 1 verwiesen.

2. Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat für die Beratungen in den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) Änderungsanträge zu den nachfolgend aufgeführten Produktplänen eingebracht:

- Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa (05),
- Senator für Bildung und Wissenschaft – Bereich Bildung (21),
- Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales – Bereich Arbeit (31),
- Senator für Bau und Umwelt (68),
- Senator für Wirtschaft und Häfen – Bereich Wirtschaft (71).

Die Änderungsanträge werden in der Anlage 2 dargestellt. Die zu den Ausschussberatungen eingebrachten Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurden vom Haushalts- und Finanzausschuss (Land) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung des Abgeordneten Wedler (FDP) von den Ausschussmitgliedern der Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt. Die Abstimmungsergebnisse im Haushalts- und Finanzausschuss (Land) werden in der Anlage 2 wiedergegeben.

III. Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung, Mitteilung des Senats vom 27. April 2004 (Drs. 16/227)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (Mitteilung des Senats vom 27. April 2004, Drs. 16/227) in seiner Sitzung am 28. Juni 2004 beraten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag auf Änderung der Landeshaushaltsordnung mit dem Ziel einer Ergänzung in § 18 LHO vorgelegt. Danach sollen Kreditermächtigungen nach Ablauf des Haushaltsjahres nur nach Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses im Einzelfall in Anspruch genommen werden können. Die Ausschussmitglieder haben sich in der Abstimmung zu diesem Antrag der Stimme enthalten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag), dem Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung zuzustimmen.

IV. Finanzplan der Freien Hansestadt Bremen von 2003 bis 2007, Mitteilung des Senats vom 27. April 2004 (Drs. 16/231)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat den Finanzplan der Freien Hansestadt Bremen 2003 bis 2007 (Mitteilung des Senats vom 27. April 2004, Drs. 16/231) in seiner Sitzung am 16. Juni 2004 beraten und zur Kenntnis genommen.

V. Antrag und Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)

1. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und der CDU zu den Haushaltsgesetzen der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, den Haushalts- und Stellenplänen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, den Produktgruppenhaushalten für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 und den produktgruppenorientierten Stellenplänen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 gemäß Anlage 1 zuzustimmen.

2. Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Haushaltsgesetzen der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, den Haushalts- und Stellenplänen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, zu den Produktgruppenhaushalten für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 und zu den produktgruppenorientierten Stellenplänen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 gemäß Anlage 2 abzulehnen.

3. Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2004 und 2005 (Drs. 16/228 und 16/237)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) bei Zustimmung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und der CDU und Ablehnung der Ausschussmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des Abgeordneten Wedler (FDP), die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, die Haushalts- und Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, die Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 und die produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, einschließlich der auf die jeweilige Gebietskörperschaft entfallenden Angaben in den Produktgruppenplänen und Produktgruppenstellenplänen, unter Berücksichtigung der Änderungen unter II. 1. (Anlage 1) zu beschließen.

4. Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag), das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung zu beschließen.

Karoline Linnert
(Vorsitzende)

Bericht und Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) zu den Änderungsanträgen der Fraktionen

Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU

PPI = Produktplan
 PB = Produktbereich
 PGr = Produktgruppe
 E-PI = Einzelplan
 Kap. = Kapitel
 Titel = Titel

Drs.	Maßnahme/ Stichwort zur Änderung	PPI E-PI	PB Kap	PGr Titel	Betrag Angabe in Tausend €		Abstimmungsergebnisse				Beschluss- empfehlung HAFA (Land)
					2004	2005	SPD	CDU	Bündnis 90/ Die Grünen	Abg. Wedler	
16/324	Bürgerschaft I. Sicherstellung und Unterstützung der Arbeit der Bremischen Bürgerschaft II. Bremische Bürgerschaft Zinszuschüsse für Instandsetzungsdarlehen für das Haus der Bürgerschaft	01 00	01.01 0010	01.01.01 663 01-6	-315 -315,39	-315 -315,39	ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
16/346	I. Sicherstellung und Unterstützung der Arbeit der Bremischen Bürgerschaft II. Bauliche Änderungen im Haus der Bürgerschaft	01 00	01.01 0010	01.01.01 790 15-8	+230	+230	ja	ja	ja	ja	Zustimmung
16/347	I. Sicherstellung und Unterstützung der Arbeit der Bremischen Bürgerschaft II. Entnahme aus der Budgetrücklage	01 00	01.01 0010	01.01.01 359 01-5	+230	+230	ja	ja	ja	ja	Zustimmung
16/297	Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund für Europa I. Bundes- u. Europaang., Entwicklungs.zus.arb. Maßnahmen zur Entwicklungsarbeit Vertretung bremischer Interessen beim Bund II. Zuführung an den Pensionslastenfonds für Ruhe-lohn	05 00	05.01 0028	05.01.01 919 05-0	-0,010 -0,010	-0,010 -0,010	ja	ja	ja	ja	Zustimmung
16/298	Bildung und Wissenschaft - Bereich Bildung - I. Sonstiges Bildung Senatorische Angelegenheiten II. Bildung und Wissenschaft, Kultur Allgemeine Bewilligungen für Bildung Minderausgabe	21 02	21.90 0201	21.90.01 97499	+1.604 +1.604	+3.673 +3.673	ja	ja	Enthaltung	Enthaltung	Zustimmung

16/306	I. Sicherstellung der Krankenhausversorgung Krankenhausplanung, Investitionsförderung II. Krankenhausfinanzierung Umsetzung Bau- und Investitionsprogramm 2004/2005	51 05	51.03 0520	51.03.01 892 35-x	+2.800 2.800	+2.400 2.400	ja ja	ja ja	nein	Enthaltung	Zustimmung
	Wirtschaft und Häfen, Kultur - Bereich Wirtschaft -										
16/307	I. Sektorale Wirtschaftsförderung/Sonstiges II. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher Zuschuss an den Rennverein	71 07	71.02 0702	71.02.01 684 20-0	-162 -162	-82 -82	ja ja	ja ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
16/308	Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (Technologiefonds) Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (Sonderprogramm Bremerhaven) (EU-Programme/Planung Neueinstellung von Haushaltsvermerken	07	0703				ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
	Finanzen										
16/330 (Neu- fassung Drs. 16/309)	I. Personal Finanzsteuerung Steuergesetzgebung/überregionale Finanzbez. II. Behörde des Senators für Finanzen Anwärterbezüge der Beamten auf Widerruf	91 09	9101 0900	910101 42203-2	+46 +46,45	+165 164,64	ja ja	ja ja	ja	ja	Zustimmung
16/310	I. Allgemeine Finanzen (Sonstiges) Keine Änderung II. Finanzen Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden An Hst. 3972/384 03-7 für die Wahrnehmung von Landesaufgaben	92 09	92.01 0972	92.01.02 98403-5			ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
16/312	Personal I. Änderung der Beschäftigungszielzahlen im Produktgruppenhaushalt II. Änderung der Personalstrukturdaten						ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
16/313	Anpassung der im Produktgruppenhaushalt 2004/2005 enthaltenen Angaben 1. betreffend Veränderung von Produktbereichs- bzw. Produktgruppenbudgets in einem für das jeweilige Budget erheblichen Umfang; 2. von den Ressorts verbesserte Angaben betreffend Informationsgehalt der vorliegenden Produktbereichs- bzw. Produktgruppenblätter						ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung

16/341 (Neufassung der Drs. 16/325)	92	9202	920203	+427	+1.299	ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
I. Allgemeine Finanzen Zentral veranschlagte Personalausgaben Globale Mehrausgaben Personal II. Zentral veranschlagte Personalausgaben Globale Mehrausgaben Globale Minderausgaben (personalwirtschaftliche Maßnahmen)	09	0990	461 03-1	-425	-1.298,7					
	09	0990	462 03-8	+1,740						
	09	0995	972 20-4	-315,39	-315,39	ja	ja	nein	Enthaltung	Zustimmung
16/326	09	0995	972 20-4	-315,39	-315,39	ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
II. Allgemeines Aufgrund Eckwertüberschreitung noch zu realisierende globale Minderausgaben	92	92.01	92.01.02		+7.500	ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
	09	0986	121 11-0		7.500					
16/343	09	0986	121 11-0		7.500					
I. Allgemeine Finanzen (Sonstiges) Wirtschaftliche Unternehmen Gewinnablieferung durch die BIG GmbH	92	92.01	92.01.02	+13.000	+16.600	ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
	09	0986	133 10-0	13.000	16.600					
16/344	09	0986	133 10-0	13.000	16.600					
II. Finanzen Wirtschaftliche Unternehmen Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	92	92.01	92.01.02			ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
	09	0986	133 10-0							
16/333 (Neufassung Drs. 16/314)						ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
Antrag I. Erhöhung des Stellenvolumens 2004 II. Reduzierung Stellenvolumen 2005	91	91.03	91.03.03	+167	+504	ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
	09	0922	425 04-3	+128,1	+386,19					
I. Finanzen/Personal Personal- und Verwaltungsmanagement Aus- und Fortbildung am AFZ II. Zentrale Aus-, Fort- und Weiterbildung Ausbildungsvergütungen der ang. vers.pflichtigen Auszubildenden Auszubildenden der arb.rentenvers.pfl. Auszubildenden Vergütungen der Angestellten Ausbildung von Bediensteten Kostenerstattung für Verbundausbildung An Hst. 6990/385 01, Kostenerstattung für Ausbildungsplätze	09	0922	425 04-0	+20,54	+62,18					
	09	0922	425 01-3							
	09	0926	525 02-1	+18,4	+55,3					
	09	0922	682 01-1	+20	+35					
	09	0922	985 11-1	+152,99	+474,29					
09	0922		+40,26	+121,37						

Bericht und Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) zu den Änderungsanträgen der Fraktionen

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

PPI = Produktplan
 PB = Produktbereich
 PGr = Produktgruppe
 E-PJ = Einzelplan
 Kap. = Kapitel
 Titel = Titel

Drs.	Maßnahme/ Stichwort zur Änderung	PPI E-PJ	PB Kap	PGr Titel	Betrag Angabe in Tausend €		Abstimmungsergebnisse			Beschlus- empfehlung HAFA (Land)
					2004	2005	SPD	CDU	Bündnis 90/ Die Grünen	
16/283	Bevollmächtigter der FHB beim Bund Bundes- u. Europaang., Entwicklungs.zus.arb. Maßnahmen zur Entwicklungsarbeit Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern	05 00	05.01 0028	05.01.03 531 31-1		nein	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
16/284	Bildung und Wissenschaft - Bereich Bildung - Sonstiges Bildung Behörde des Senators für Bildung und Wissenschaft Kosten für Software Entgelte für Telekommunikationsleistungen	21 02	21.90 0200	21.90.01 531 31-2		+125	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
16/285	Sonstige Bildungseinrichtungen Berufsbildungswerk Allgemeine Bewilligungen für Bildung Zuschuss an das Berufsbildungswerk Bremen GmbH	21 02	21.03 0201	21.03.02 685 30-3	+200	nein	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
16/287	Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales - Bereich Arbeit und Frauen - Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm Kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung	31 03	31.01 0305	31.01.01 684 56-2		3.500	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
16/288	Bau, Umwelt und Verkehr - Bereich Bau - Fachbereich Stadtentwicklung/-planung, Bauordnung Stadtumbau Zuschüsse zur Förderung von Vorhaben im experimentellen Wohnungs- und Städtebau	68 06	38.02 0696	68.02.03 893 13 6		+200	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung

